

Socio Economics (Group Sphinx)

Von nachholender zu nachhaltiger Entwicklung?

Zur Auseinandersetzung mit der Forderung nach Solidarität mit der Umwelt, Mitwelt und Nachwelt

Diethard Mai¹

Ausgangslage

In großen Teilen der Welt ist weiterhin die Befriedigung der Grundbedürfnisse für ein menschenwürdiges Leben ungesichert. Es gibt es mehr als eine Milliarde Menschen, die mangel- oder fehlernährt sind oder nur einen unzureichenden Zugang zu Gesundheitsvorsorge und Bildungsmöglichkeiten besitzen.

Das Einkommensgefälle zwischen westlichen Industrieländern und der Mehrzahl sog. Entwicklungsländer wie auch der Staaten in Ost- und Mitteleuropa hat sich vergrößert. Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung verfügt inzwischen über das 150-fache des Einkommens des ärmsten Fünftels. Zunehmende Einkommensunterschiede innerhalb einzelner Regionen und Länder sind festzustellen.

Weitgehend positiv verläuft dagegen seit Beginn der 90er Jahre die Entwicklung bei sozialen und politischen Menschenrechten.

Die Weltbevölkerung ist um die Jahrhundertwende auf über sechs Milliarden Menschen angewachsen. Die Zunahme hat sich vor allem in den Ländern des Südens vollzogen.

Das Gefälle zwischen Wohlstands- und Armutsregionen hat den Migrationsdruck von Süden nach Norden und von Osten nach Westen erhöht. Millionen von Menschen sind durch soziales Elend, politische Unterdrückung, Umweltkatastrophen und Kriege entwurzelt und z.T. auf der Flucht.

Die Industrieländer dominieren weiterhin die Weltwirtschaft, wobei die Wachstumsdynamik regional sehr unterschiedlich ausfällt. Nach Wegfall des Ost-West-Konflikts scheinen der weiteren Ausbreitung der Marktwirtschaft kaum noch Grenzen gesetzt.

Allerdings wächst die Schadstoffbelastung in der Atmosphäre. Die existentiellen menschlichen Ressourcen - Boden, Wasser und Wald - sind in gefährdet. Der Energieumsatz ist zwischen 1970 und 1990 weltweit um rund die Hälfte gewachsen.²

Die Verwirklichung einer dauerhaften, ökologisch verträglichen und sozial ausgewogenen Entwicklung bleibt somit weiterhin die größte Herausforderung der Menschheit.³

Entwicklung und nachholende Entwicklung

Als das Wort „Entwicklung“ 1645 zum ersten Mal gedruckt wurde, meinte es mechanisches „Auswickeln“, etwa einer Schrift- oder Garnrolle. Im frühen 18. Jahrhundert fand es im Pflanzenbereich Anwendung, z.B. bezogen auf die Entwicklung der Knospe aus

¹ Dr. Diethard Mai, Akademischer Direktor, Geschäftsführer des Forschungs- und Studienzentrums der Agrar- und Forstwissenschaften der Tropen und Subtropen, Georg-August-Universität Göttingen, Am Vogelsang 6, 37075 Göttingen.

² Vgl. hierzu Hauchler, I./Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.), (1993). Globale Trends 93/94. Daten zur Weltentwicklung. Frankfurt/M.: Fischer, S.11 ff.

³ Weltbank (Hrsg.), (1992). Entwicklung und Umwelt. Washington, D.C., S.1.

der Blüte. 1774 fragte Herder in seinem Werk „Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit“: „Gibt's einen Faden der Entwicklung menschlicher Kräfte durch alle Jahrhunderte...?“⁴

Das Zeitalter der „Entwicklung“ beginnt mit dem 20.1.1949, als der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman in seiner Rede zum Amtsantritt erstmals von „unterentwickelten Gebieten“ der südlichen Hemisphäre sprach. Er begründete das Eingreifen der USA in die Angelegenheiten anderer Länder damit, daß die „Hebung der Industrieproduktion in den zurückgebliebenen Ländern“ der Welt „deren Lebensstandard wesentlich verbessern“ könne. Dahinter stand die Überzeugung, daß eine höhere Produktion den Schlüssel zu Wohlfahrt und zum Frieden bildet.⁵

Der Begriff „Entwicklung“ ist normativ und hat keinen eindeutigen Inhalt. Im umfassendsten Sinne meint „Entwicklung“ eine Verbesserung der Lebensqualität von Menschen und damit einen erwünschten wirtschaftlichen, sozialen, politischen oder ökologischen Fortschritt. Der Begriff ist also weder vorgegeben noch wertneutral. Er ist nicht allgemein definierbar, sondern hängt ab von Raum und Zeit und vor allem von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen.⁶

Offensichtlich hat sich in den letzten 40 Jahren kein anderer Begriff weltweit so schnell verbreitet und Eingang in praktisch alle Bereiche von Wissenschaft, Politik und internationaler Zusammenarbeit gefunden wie „Entwicklung“. Erklärungsansätze, Theorien und Strategien, Institutionen und Organisationen, Programme und Projekte haben ihn vereinnahmt. Seit über vierzig Jahren kann man vom Zeitalter der Entwicklungspolitik sprechen.

Kaum ein Begriff wird allerdings auch so vieldeutig, unterschiedlich und mißverständlich benutzt wie „Entwicklung“. Für radikale Kritiker wie Wolfgang Sachs gehört er zu den nichtssagenden „Plastikwörtern“: „Inzwischen ist ‚Entwicklung‘ zu einem qualligen, Amöbengleichen Wort geworden. Es faßt nichts mehr, weil seine Konturen verschwimmen, und es ist unausrottbar, weil es sich überall breitmachen kann. Wer es ausspricht, benennt gar nichts, doch nimmt für sich alle guten Absichten dieser Welt in Anspruch. Zwar hat es keinen Inhalt, aber doch eine Funktion: Es verleiht jedem beliebigen Eingriff die Weihe, im Namen eines höheren, evolutionären Ziels vollzogen zu werden. 'Entwicklung' ist ausgehöhlt bis auf ein leeres Plus.“⁷

Die Rede von Harry S. Truman war gewissermaßen die Eröffnungsansprache zu einer Aufholjagd der als zunächst „unentwickelt“ und später „unterentwickelt“ bezeichneten Länder, die im weiteren Verlauf „Entwicklungsländer“ oder Länder der „Dritten“ oder „Vierten“ „Welt“ oder als „Peripherien“ benannt wurden. Die Industrieländer galten als Vorbild und die sog. Entwicklungsländer im Vergleich dazu als „rückständig“. Der Rückstand sollte überwunden werden. Modernisierung aller Lebens- und Handlungsbereiche nach westlichem Muster war angesagt. Industrialisierung und wirtschaftliches Wachstum sollten den Abstand zu den technisch und wirtschaftlich entwickelten Ländern verringern. Der dort eingeschlagene Weg sollte nachvollzogen werden. Es ging um nachholende Entwicklung, oder anders ausgedrückt: „Wie im Westen, so auf Erden.“⁸

⁴ Hier zitiert nach Eppler, E. (1992,18.9.). Die Musterphrase. Die Zeit, S.56.

⁵ Inauguralansprache vom 20.1.1949, zit. nach Truman, H.S. (o.J.). Memoiren, Bd. II. Stuttgart: Scherz und Goverts Verlag, S.254 f.

⁶ Vgl. Nohlen, D. (Hrsg.) (1993) Lexikon Dritte Welt. „Entwicklung“. Neubearb. Aufl., Reinbek: Rowohlt, S.206.

⁷ Sachs, W. (1992). Zur Archäologie der Entwicklungsidee. Frankfurt/M.: epd, S.30.

⁸ Vgl. Sachs, W. (Hrsg.), (1993). Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek: Rowohlt. Wolfgang Sachs und andere Autoren/innen des Sammelbandes kritisieren radikal Grundannahmen und Grundbegriffe des „Entwicklungszeitalters“, so z.B. Ivan Illich „Bedürfnisse“, Marianne Gronemeyer „Entwicklungshilfe“ und Wolfgang Sachs „Die eine Welt“.

In der ersten Entwicklungsdekade (1961-70) wurde eine Steigerung des Bruttosozialprodukts der Entwicklungsländer um jährlich 5 % eingeplant. Dieses Wachstumsziel wurde im ersten Entwicklungsjahrzehnt erreicht. Der Wachstumsgedanken dominierte auch in den folgenden Entwicklungsdekaden weiterhin alle Vorstellungen von Entwicklungszielen und -wegen. Ulrich Menzel bringt es auf die Formel: „40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie“.⁹

Das optimistische Modell der nachholenden Entwicklung mit den Zielen Wachstum, Industrialisierung und Modernisierung galt lange Zeit unangefochten auch in sog. sozialistisch orientierten Ländern der Dritten Welt.

Krise der Modernisierungsansätze und der nachholenden Entwicklungsstrategien

Bereits zu Ende der ersten Entwicklungsdekade zeigten sich Schwächen der rückstandsfixierten Erklärung von Unterentwicklung und Probleme der Wachstumsstrategien. Ursachen der „Unterentwicklung“ lagen nach Überzeugung der Dependencia-Vertreter weniger in internen Faktoren, sondern in historisch vermittelten und durch die Weltmarktbedingungen aufrechterhaltenen exogenen Einflüssen auf die als strukturell abhängig betrachteten Länder. Das wachsende Massenelend in städtischen Ballungszentren und ländlichen Regionen wurde immer offensichtlicher, so daß A.G. Frank von der „Entwicklung der Unterentwicklung“ sprach. In seiner berühmten Rede 1973 in Nairobi kritisierte der damalige Weltbankpräsident Robert McNamara das Wachstumskonzept. Schnelles Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern war nach seiner Analyse von einer größeren Ungleichheit der Einkommensverteilung begleitet und wirkte sich besonders kritisch in ländlichen Gebieten aus. Nur den reichsten zwei Fünfteln der Bevölkerung war die wachstumsfördernde Entwicklungspolitik zugute gekommen.

Die Hoffnung, daß hohes Wirtschaftswachstum vom Nutzen Weniger zur Masse der Bevölkerung „durchsickern“ wird, hat sich nicht erfüllt. Entsprechende Erkenntnisse und Forderungen finden sich in der „Erklärung von Cocoyok“ (1974). Die Diskussion um diese Erklärung hat dazu beigetragen, daß Entwicklungsziele und -wege neu überdacht wurden. Stich- und Schlagworte in diesem Zusammenhang sind: Grundbedürfnisorientierung, Eigenständige Entwicklung (self-reliance, collective self-reliance), „Umverteilung mit Wachstum“ (redistribution with growth) und „Wachstum von unten“ (growth from below) statt „Entwicklung durch Wachstum“, integrierte ländliche Entwicklung bzw. ländliche Regionalentwicklung statt sektorale Agrarmodernisierung, „Neue internationale Wirtschaftsordnung“, „Menschliche Entwicklung“ (human development/Human Development Index) statt Steigerung des Bruttosozialprodukts.

Ökologische Kritik am Konzept der nachholenden Entwicklung

Anfang der 70er Jahre wurde die Machbarkeit und Wünschbarkeit des nachholenden Weltentwicklungsmodells auch aus ökologischen Überlegungen angezweifelt. 1972 erschien der erste Bericht an den Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“.¹⁰

Die ressourcenverschwenderische Wachstumspolitik der Industrieländer wurde darin als fragwürdig und nicht nachahmenswert bezeichnet. Die Erkenntnis wuchs, daß das Konsumverhalten und Produktionsniveau in den Industrieländern, auf alle Entwicklungsländer übertragen, vermutlich zu einem weltweiten ökologischen Zusammen-

⁹ Menzel, U. (1992). 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie In: Nohlen, D. und Nuscheler, F. (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd.1, S. 131-155. Bonn: Dietz Nachf.

¹⁰ Meadows, D. et al. (1992). Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart.

bruch führen würde. Im zweiten Bericht des Club of Rome wurde 1974 deutlich gemacht, daß Entwicklung nicht Aufholen bedeuten könne. Diese Botschaft war sowohl an die westlichen Modernisierungsvertreter wie auch an die Befürworter des „sozialistischen Entwicklungsweges“ gerichtet. Der Bericht unterstützte die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Als Leitprinzipien für eine gemeinsame Entwicklung wurden u.a. genannt: Gleichheit, Freiheit, Demokratie, Partizipation, Solidarität, kulturelle Vielfalt und eine gesunde Umwelt.

Das expansionsorientierte Weltentwicklungsmodell ist somit unter entwicklungspolitischen und ökologischen Gesichtspunkten fraglich. H.-J. Harborth spricht von einem ökologischen Katastrophenmodell. Der von den Industrieländern eingeschlagene Weg der „harten“ Industrialisierung kann schon aus ökologischen Gründen nicht endlos weiterverfolgt werden. Ressourceneinsatz und Umweltzerstörung belasten die Biosphäre. Wenn zudem rund 75-80 % der Weltbevölkerung ein ähnlich hohes Ressourcenverbrauchs- und Umweltbelastungsniveau erreichen würde wie der Rest der Menschen in den Industrieländern, wäre ein ökologischer Untergang der Menschheit unvermeidlich. Das ohnehin konflikträchtige Dilemma wird dabei durch drei Problemverstärker verschärft: a) armutsbedingte Umweltzerstörung in tropischen und subtropischen Ländern;

b) ein armutsbedingtes Bevölkerungsverhalten mit anhaltend hoher Geburtenrate in diesen Regionen und

c) eine Wachstumsideologie, die immerwährendes Wachstum für notwendig und machbar hält.¹¹

Bereits 1972 hatte der damalige deutsche Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf diese Zusammenhänge eindringlich hingewiesen: „Spätere Generationen werden wahrscheinlich die Köpfe darüber schütteln, wie lange wir zu der simplen Einsicht gebraucht haben, daß auf einem endlichen Erdball mit endlichen Ressourcen die Zahl der Menschen, die Verbrauchsziffern für Rohstoffe, Energie und Wasser nicht beliebig ansteigen können. Sie werden die Köpfe darüber schütteln, wie wir glaubten, ungestraft in Kreisläufe und Gesetzmäßigkeiten der Natur eingreifen zu können. Sie werden manches als windschiefe Ideologie erkennen, was sich heute als realitätsbewußter Pragmatismus gibt.“¹²

Aus global-ökologischen Gründen ist somit der in Industrieländern übliche Pro-Kopf-Standard an Rohstoff- und Energieverbrauch, Produktion, Konsumtion und Umweltbelastung weder jetzt noch in absehbarer Zukunft verallgemeinerungsfähig. Die Industrieländer und die ihnen nacheifernden Statuseliten und Privilegierten der Entwicklungsländer beanspruchen einen oligarchischen Lebensstandard, der eigentlich nur deshalb und solange aufrechterhalten werden kann, wie ihn die große Mehrheit der Weltbevölkerung eben nicht erreicht.¹³

Nachhaltige Entwicklung: Solidarität mit Umwelt, Mitwelt und Nachwelt

Zusammenhänge zwischen Umwelt und Entwicklung werden seit über 20 Jahren international diskutiert, etwa auf der UNESCO-Biosphärenkonferenz (1968), der UN-Konferenz „Der Mensch und seine natürliche Umwelt“ (Stockholm 1972), in der bereits erwähnten Erklärung von Cocoyok (1974), im Ecodevelopment-Ansatz (I. Sachs 1974/76), im Dag-Hammarskjöld-Bericht (1975/76) und von J. Galtung („Alternative Life Styles in Rich Countries“ 1976).

¹¹ Harborth, H.-J. (1992), 296.

¹² Eppler, E. (1993). Wie gut sind die Besseren? Der Spiegel, 6, 128-133, hier 130.

¹³ Harborth, H.-J. (1992), 238 f.

Der Begriff „sustainable development“ ist 1980 aufgegriffen worden mit der Veröffentlichung „Weltstrategie für die Erhaltung der Natur“. Die Erfordernisse zur Erhaltung natürlicher Grundlagen bei gleichzeitiger auf Dauer angelegter Entwicklung wurde zur gedanklichen Grundlage, auf der die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung in ihrem 1987 veröffentlichten Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ aufbaute. Damit hat dieses Gremium unter dem Vorsitz der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland den Anstoß zur Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) gegeben, die im Juni 1992 in Rio de Janeiro unter Beteiligung von über 15.000 Vertretern, darunter 115 Staats- und Regierungschefs aus 178 Ländern, stattfand. In den Worten von Volker Hauf, dem deutschen Mitglied der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, die den sog. „Brundtland-Bericht“ verfaßte, bedeutet sustainable development „dauerhafte“ bzw. „nachhaltige“ Entwicklung: „Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung 'dauerhaft' zu gestalten, gilt für alle Länder und Menschen. Die Möglichkeit kommender Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, ist durch Umweltzerstörung ebenso gefährdet wie durch Umweltvernichtung und durch Unterentwicklung in der Dritten Welt.“¹⁴

Dauerhafte oder nachhaltige Entwicklung ist somit keineswegs ein ausschließlich technischer Begriff, sondern beinhaltet ein ganzes Bündel von gesellschaftlichen Werturteilen und Beurteilungskriterien, was besonders durch das folgende Zitat aus dem Brundtland-Bericht deutlich wird: „Mögen die Bilanzen unserer Generation auch noch Gewinne aufweisen - unseren Kindern werden wir die Verluste hinterlassen. Ohne Absicht und Aussicht auf Rückzahlung borgen wir heute von zukünftigen Generationen unser 'Umweltkapital'. Unsere Nachfahren mögen uns ob unseres verschwenderischen Vorgehens verfluchen - unsere Schulden werden sie nicht mehr eintreiben können. Unser Verhalten ist bestimmt von dem Bewußtsein, daß uns keiner zur Rechenschaft ziehen kann. Künftige Generationen haben heute kein Wahlrecht, sie verfügen über keinerlei politische oder finanzielle Mittel und sind uns daher ohnmächtig ausgeliefert.“¹⁵ Diese Gedanken belegen: Eine Strategie der Nachhaltigkeit muß sich zur Solidarität mit allen gegenwärtig und in Zukunft lebenden Menschen (Mitwelt, Nachwelt) und der Umwelt bekennen. Unter Einbeziehung dieser Grundgedanken und Aspekte kann hier festgehalten werden: Nachhaltige Entwicklung erfordert die Solidarität mit der Umwelt, Mitwelt und Nachwelt.¹⁶ Diese Sicht der Nachhaltigkeit lehnt sich an G. Altners Vorstellung an, daß eine ökologisch orientierte Wissenschaft Solidarität fördert und fordert und nicht die Beherrschung von Natur und Gesellschaft zur Grundmotivation hat.¹⁷ Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit findet sich auch z.B. in der „dynamischen“ Definition von „Sustainable Agriculture“ der Consultative Group on International Agricultural Research, nach der eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion voraussetzt, daß diese in der Lage ist, einen steigenden Bedarf zu decken und gleichzeitig die Qualität der Umwelt und die natürlichen Ressourcen dauerhaft zu erhalten.¹⁸

¹⁴ Hauf, V. (1987), (Hrsg.). Brundtland-Bericht: Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Unsere gemeinsame Zukunft. Greven, XV.

¹⁵ Brundtland-Bericht, 9.

¹⁶ Vgl. dazu Mai, D.(1993). Nachhaltigkeit und Ressourcennutzung. In: R. Stockmann und W. Gaebe (Hrsg.), Hilft die Entwicklungshilfe langfristig? Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten.(S. 96-121). Opladen: Westdeutscher Verlag.

¹⁷ G. Alter et al. (1985) Manifest zur Versöhnung mit der Natur. 3. Aufl. Neukirchen-Vluyn.

¹⁸ Consultative Group on International Agricultural Research - Technical Advisory Committee (1982). Sustainable Agricultural Production: Implications for International Agricultural Research. Rome, S.2.

Umwelt-, mitwelt- und nachweltgerechte Entwicklung zwischen Einsicht und Umsetzung

Die Erkenntnis, erneuerbare und nichterneuerbare Ressourcen nachhaltig, also um-, mit- und nachweltgerecht zu nutzen, ist inzwischen in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft verbreitet und keinesfalls neu. So hat beispielsweise das Prinzip der Nachhaltigkeit in der deutschen Forstwirtschaft eine über 200-jährige Tradition.¹⁹

„Neue Grenzen des Wachstums“ zeigen sich jedoch immer deutlicher in der Knappheit von aufnahmefähigen Umweltmedien für Abfälle und Schadstoffemissionen. Die Erschöpfung der Tragfähigkeit der globalen Gemeingüter äußert sich z.B. im sog. Treibhauseffekt, der Zerstörung der Ozonschicht und der grenzüberschreitenden Luft- und Wasserverschmutzung. Es geht dabei um überregionale und z.T. kontinentüberschreitende Externalisierung von „Kosten“ des Ressourceneinsatzes und Energieumsatzes.²⁰

In dem „Erdgipfel“ in Rio gelangte die Umwelt- und Entwicklungsdiskussion zu einem Höhepunkt der internationalen Bemühungen, geeignete Wege einer nachhaltigen Entwicklung in Nord und Süd festzulegen und der wachsenden Zerstörung des Globus und der zunehmenden sozialen Verelendung der Menschen Einhalt zu gebieten (UN-Resolution 44/228).²¹ Nach Auffassung der deutschen Bundesregierung war die Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio ein Erfolg: Die Konventionen zu Klima und biologischer Vielfalt, die Walderklärung, das Aktionsprogramm „Agenda 21“ und der Beschluß zur Einrichtung der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung bilden aus der Sicht der Bundesregierung die Grundlagen für eine qualitativ neue weltweite Zusammenarbeit in der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Damit sind auch Wege von der Erkenntnis in die praktische Umsetzung aufgezeigt. Die Deklaration beinhaltet das Recht auf Entwicklung, anerkennt die Notwendigkeit der Armutsbekämpfung und angemessener Bevölkerungspolitik und betont die besondere Verantwortung der Industrieländer als wesentliche Verursacher für bisher entstandene globale Umweltschäden. Die Deklaration hebt u.a. auf das Vorsorge- und Verursacherprinzip ab, fordert die Integration des Umweltschutzes in alle Politikbereiche sowie die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. gerichtliche Kontrollmöglichkeiten. Sie verlangt ebenfalls eine wirksame Umweltgesetzgebung und betont die Bedeutung des Einsatzes ökonomischer Instrumente und der Internalisierung externer Kosten. Damit dürfte nicht nur ein wichtiger weltweiter Bewußtseinswandel erreicht, sondern eine für ihren Bereich vergleichbare Wirkung entfaltet werden wie die KSZE-Schlußakte von Helsinki.²² In dem Aktionsprogramm „Agenda 21“ werden auf rund 800 Seiten für 40 Bereiche der Umwelt- und Handlungspolitik detaillierte Ziele vorgegeben und Maßnahmen und Instrumente zur Zielerreichung benannt. Die Handlungsaufträge wenden sich an alle Industrie- und Entwicklungsländer.

Die Rio-Konferenz kann je nach Standpunkt oder Bewertungskriterium als weitgehender Mißerfolg, ungewisser Teilerfolg oder als Wendepunkt gewertet werden.²³ Positiv

¹⁹ Vgl. hierzu Mai, D. (1993).

²⁰ Gleichzeitig wächst die armutsbedingte Ressourcenzerstörung in Entwicklungsländern, insbes. z.B. durch Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion in marginale, ökologisch fragile Regionen (Bodenerschöpfung und -verarmung, Erosion, Entwaldung usw.)

²¹ Hier zitiert nach „Sustainable development“ (1993). Nohlen, D.(Hrsg.). Lexikon Dritte Welt, S. 642-647, hier S. 642 f.

²² Vgl. Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (1992). Umwelt und Entwicklung. Bericht der Bundesregierung über die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Entwicklungspolitik: Materialien Nr. 84. Bonn, S.3.

²³ Einzelne Positionen können im Rahmen dieses Beitrags nicht diskutiert werden. Vgl. hierzu z.B. H. 51/52 (1993) Peripherie: Neue Umweltordnung? Theorien und Strategien nach Rio; sowie von Weizsäcker, E.-U.

ist zu vermerken, daß bestimmte Gegebenheiten und Verhaltensweisen in Rio offen diskutiert wurden, beispielsweise das Konsumverhalten (Kapitel 4 der Agenda 21). Dabei wird deutlich ausgesprochen, daß Armut und Umweltschädigung eng miteinander verknüpft sind. „Hauptursache der globalen Umweltprobleme sind aber die nicht nachhaltigen Verbrauchs- und Produktionsmuster besonders in den industrialisierten Ländern. Während in einigen Teilen der Welt übermäßig konsumiert wird, werden die Grundbedürfnisse eines großen Teils der Menschheit nicht befriedigt... Alle Länder sollen deshalb nachhaltige Konsummuster und Lebensweisen anstreben; die Industrieländer müssen dabei vorangehen. Ein Wertewandel ist hierfür die notwendige Voraussetzung“.²⁴

Für die Anwendung dieser Einsichten in den Industrieländern werden entsprechende Vorschläge gemacht, die aus der Ökologiediskussion weitgehend bekannt sind.²⁵

Voraussetzung für „Umdenken“ und „Umlenken“ ist somit zunächst ein Denken in um-, mit- und nachweltgerechten Zusammenhängen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse und die Benennung von Verantwortlichen sind unerlässlich für die Vorgabe von Zielen, Maßnahmen und Instrumenten.

Erst in neuerer Zeit befaßt sich die Wirtschaftswissenschaft systematischer mit der Einbeziehung und Quantifizierung des Verbrauchs nicht-erneuerbarer Ressourcen sowie mit dem Verlust von landwirtschaftlich genutztem Land durch Bodenabtrag und den Kosten der Luft- und Wasserverschmutzung bei der Berechnung des Bruttosozialprodukts. Statt des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts wird z.B. ein Index Dauerhafter Ökonomischer Wohlfahrt vorgeschlagen, der die externalisierten Kosten berücksichtigt. International bekannt geworden sind die Vorschläge des „Weltbank-Ökonomen“ H.E. Daly zur Umgestaltung der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit. D.H. Meadows et al. weisen in Modellrechnungen nach, daß nachhaltige Entwicklung technisch und wirtschaftlich realisierbar ist. Voraussetzung dazu ist eine vorsichtige Balance zwischen lang- und kurzfristigen Zielen und die Hinwendung zu Genügsamkeit, Gleichheit und Lebensqualität anstatt materiell-physischem Wachstums.

Wie aber die allseits akzeptierten Einsichten dann in praktischen Schritten in einzelnen Regionen und Staaten verwirklicht werden sollen, ist umstritten und weitgehend ungelöst. Das zeigt sich besonders deutlich an der Forderung nach einem geänderten Lebensstil in Industrieländern und entsprechenden Maßnahmen zu ihrer Einlösung. In einigen Bereichen sind jedoch erfolgversprechende Ansätze vorhanden. So liegen beispielsweise für die Niederlande Untersuchungen vor, die nachweisen, daß „sustainable Netherlands“ ein qualitatives Wirtschaftswachstum mit erheblich geringerem Ressourcenverbrauch, Energiedurchsatz und Umweltbelastungen bei geänderter Lebensstil erreichen kann. Es gibt darüberhinaus ermutigende Ansätze in Politik, internationaler Entwicklungszusammenarbeit und privater Wirtschaft, Einsichten und Umsetzungsvorschläge zur Förderung nachhaltiger Entwicklung zu verbreiten. Beispiele dafür sind Bücher des US-amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore „Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde.“ (1992) und des Schweizer Industriellen Stephan Schmidheiny „Kurswechsel. Globale unternehmerische Perspektiven für Entwicklung und Umwelt“ (1992).

(1992). Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt. 3. akt. Aufl. Darmstadt: Wiss. Buchges.

²⁴ BMZ (1992), S. 17.

²⁵ Vgl. dazu etwa Brown, L. et al. (1991). Zur Rettung des Planeten Erde. Strategien für eine ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft. Frankfurt/M.: S. Fischer und Immler, H. (1990). Vom Wert der Natur. Zur ökologischen Reform von Wirtschaft und Gesellschaft. 2. Aufl. Opladen: Westd. Verl.

Die Weltbank hat den Weltentwicklungsbericht 1992 dem Thema „Entwicklung und Umwelt“ gewidmet und inzwischen sog. Umwelt-Aktionspläne („Environmental Action Plans“) zur schrittweisen Umsetzung der Agenda 21 vorgelegt. Ein Umwelt-Aktionsplan ist als Instrument zu verstehen, um jeweils in einem Land nachhaltige Entwicklung mit internationaler Unterstützung auf den Weg zu bringen.²⁶ Die Umsetzung eines auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit angelegten Entwicklungsansatzes ist sektor- und grenzübergreifend und somit komplex. Daher ist ein pragmatischer Aktionsrahmen erforderlich, der notwendige Schritte und Maßnahmen kurzfristig ermöglicht und strategische Entscheidungen langfristig vorbereitet und einleitet. Sicherlich wird es dabei eher auf die richtige Prozeßabfolge von Richtungsbestimmungen und Teilschritten und weniger auf umfassende und in sich stimmige „Alles-oder-Nichts-Konzepte“ ankommen.²⁷

Die FAO hat das Anliegen von Rio durch ein „Special Action Program“ in 12 Bereichen in die laufende Arbeit integriert. Unter der Bezeichnung SANE (Sustainable Agriculture Networking and Extension) begann die UNDP mit einem Programm, das von Nicht-Regierungsorganisationen auf Mikroebene in einigen Ländern durchgeführt wird. Private Organisationen in Europa unterstützen im Bereich Landwirtschaft seit langem Ideen, wie z.B. den „standortgerechten Landbau“. Ihnen bereitet die Umbenennung ihrer Ansätze in die „neue“ Terminologie „nachhaltige Landwirtschaft“ keine Probleme. Kontinental und international arbeitende Netzwerke wie AGRECOL, IFOAM, ILEIA, CLADES und INADES sehen sich seit vielen Jahren den Ideen und Ansätzen verpflichtet, die nun in der Rio-Nachfolge als nachhaltige Landwirtschaft politisch eher akzeptiert und umgesetzt werden können.²⁸

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung versucht, Beschlüsse der Rio-Konferenz in die praktische Entwicklungszusammenarbeit einzubringen. In dem Rechenschaftsbericht („UNCED follow up“-Bericht) „Rio - ein Jahr danach. Was tut das BMZ?“ werden konkrete Schritte und Aktionen (u.a. Umweltverträglichkeitsprüfungen in der Entwicklungszusammenarbeit) aufgeführt, aber auch auf die finanziell eng begrenzten Spielräume zur Realisierung notwendiger Maßnahmen hingewiesen.²⁹ Die internationale Konkurrenzsituation zwischen Ländern und Ländergruppen und der damit einhergehende Wettbewerb um kostengünstige Standorte und Produkte dürfte ebenfalls dazu beitragen, nachhaltige Entwicklungskonzepte an einer schnellen Verbreitung zu hindern. Tatsache ist zudem, daß einige sog. Schwellenländer („Newly Industrialized Countries“) in Asien und Südamerika die Industrialisierung weiterhin stark forcieren und Gedanken der nachhaltigen Entwicklung reserviert gegenüberstehen.

Fazit und Zukunftsorientierung

Wer sich wissenschaftlich mit nachhaltiger Entwicklung befaßt oder politisch für sie eintritt, teilt durchweg die Auffassung, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann und daß nur noch wenig Zeit für eine Kurskorrektur verbleibt. Der von den Industrieländern vorgelebte Weg der „harten“ wachstumsorientierten Entwicklung kann schon aus ökologischen Gründen (Ressourcenerschöpfung, Umweltbelastung) nicht endlos weiterverfolgt werden. Zweifellos wollen jedoch viele Menschen in armen Weltregionen auch in Zukunft diesem Entwicklungspfad folgen. „Vorbilder“ über Fernsehen und

²⁶ Otzen, U. (1993). Umwelt-Aktionspläne. Ein Handlungsrahmen zur Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung? Berlin: DIE.S.I.

²⁷ Otzen, U. (1993), S.1)

²⁸ Vgl. dazu H.1/1994 von epd-Entwicklungspolitik „Nachhaltige Landwirtschaft“.

²⁹ BMZ (Hrsg.)(1993) Bonn.

andere Medien erreichen inzwischen auch die letzten Winkel dieser Erde. Gleichfalls besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß für alle gegenwärtigen und zukünftigen Menschen Grundbedürfnisse erfüllbar bleiben müssen. Ausgehend von diesen Überlegungen dürften die folgenden Schlußfolgerungen eine entsprechend große Zustimmung erfahren.³⁰

Für die arme Mehrheit der Menschheit erscheint materielles Wachstum unverzichtbar. Anzustreben ist dabei jedoch „qualitatives“, sozialverträgliches und umweltgerechtes dauerhaftes Wachstum („Ecodevelopment“) sowie die Erreichung eines materiellen Mindestniveaus (Dag-Hammarskjöld-Bericht). „Nachholende“ Entwicklung im diesem Sinne ist dann vertretbar.

Nachholende Entwicklung mit steigendem Ressourcenverbrauch und wachsender Schadstoffemission auf globaler Ebene führt in einen „ökologischen“ Abgrund.

Es geht letztlich um ein neues entwicklungspolitisches Verständnis, das auf Nachhaltigkeit abstellt. Die Menschen in den verschiedenen Entwicklungsregionen ändern ihren Lebensstil und ihr Verbraucherverhalten. Sie versuchen gemeinsam ein ökologisches Gleichgewicht zu erhalten, damit allen heutigen und zukünftigen Menschen ein ausreichender materieller, sozial verträglicher und dauerhafter Lebensstandard ermöglicht wird.

Rio hat in dieser Richtung Zeichen gesetzt, Ziele, Maßnahmen und Instrumente benannt. Unzweifelhaft liegt es nun an den Industrieländern, in glaubwürdiger Weise und mit der in anderen Zusammenhängen so oft bewiesenen Effektivität und Effizienz mit Umstrukturierungen und praktischen Maßnahmen zu beginnen. Somit tragen die Industrieländer für die Umsetzung von Erkenntnissen zur ressourcenschonenden und dauerhaften globalen Entwicklung die Hauptverantwortung. Dabei ist es letztlich unerheblich, ob sie diese Rolle aus Gründen der Solidarität im Sinne von Verantwortung für die Umwelt, Mitwelt oder Nachwelt übernehmen oder lediglich aus der Einsicht in die Erfordernisse des Überlebens der Menschheit.

„Was heißt also Entwicklung? Wer muß entwickelt werden? Etwa nur die anderen? Nicht auch wir selbst? Das heißt aber: Alle großen sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen müssen zugleich auch durch Veränderung bei uns selbst angegangen werden. Wir müssen anders leben, damit andere leben können.“³¹

³⁰ Vgl. dazu Harborth, H.-J. (1991). Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Berlin: Ed. Sigma. S. 95 ff.

³¹ Bischof Franz Kamphaus (1991) hier zit. nach epd Dritte Welt Information. Arbeitsblätter 11/12. Was ist Entwicklung? S. 3.